

12/2000

Wir danken Ihnen für ihre Leistungen

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
lieber Helmut Kohl,*

wir möchten Ihnen im Namen der CDU ganz herzlich zu Ihrem 70. Geburtstag gratulieren. Wir wünschen Ihnen Gesundheit, Wohlergehen, Schaffenskraft und gute Stunden mit Ihrer Familie und Ihren Freunden.

Ein 70. Geburtstag ist mit Sicherheit ein Moment des Innehaltens, an dem man auf Geschafftes und auch auf nicht Erledigtes im eigenen Leben zurückblickt. Angesichts der Diskussionen in den vergangenen Monaten über die Fehler im Finanzverhalten der CDU

Helmut Kohl zum 70. Geburtstag

möchten wir Ihnen nunmehr auf diesem Wege unsere guten Wünsche übermitteln. Wir glauben, dass die CDU, die seit Jahrzehnten Ihre politische Heimat ist, um ihrer zukünftigen Glaubwürdigkeit willen diese Diskussionen führen musste, auch wenn sie nicht ohne persönliche Verletzungen erfolgt sind.

Unbeschadet dieser Entwicklung blicken wir an Ihrem Ehrentag auf ein erfülltes und überaus erfolgreiches Leben in und für die CDU und für die Bundesrepublik Deutschland zurück. Wir danken Ihnen für Ihre Leistungen als Vorsitzender der CDU Deutschlands in 25 Jahren und als Bundeskanzler für die

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● IT-Spezialisten

Nordrhein-Westfalen braucht eine bessere Bildungspolitik. Seite 3

● Zuwanderung

Den „Rohstoff Geist“ durch Intensivierung von Ausbildung und Fortbildung decken. Thesen der Innenminister und -senatoren der Union. Seite 4

● Bilanz

30 Jahre SPD sind genug. Fakten & Daten zu Nordrhein-Westfalen. Seite 6

● Altersversorgung

Riester steht mit seinen Rentenvorschlägen im Abseits. Seite 9

● Familienpolitik

Das neue Erziehungsgeldgesetz hat erhebliche Mängel. Seite 11

● CDU Sachsen-Anhalt

Dieses Land braucht eine starke CDU. 9. Landesparteitag in Förderstedt. Seite 20

● Dokumentation

Deutschland braucht eine bessere Politik. Zahlen, Daten und Fakten zum Versagen von Rot-Grün. Innenteil

Schröder-Regierung von ihren Versprechen meilenweit entfernt

Anlässlich der Vorstellung der Arbeitsmarktdaten des Monats März erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen im März kann von einem Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt keine Rede sein. Die unverändert hohe Arbeitslosigkeit im Osten ist bedrückend. Von ihrem Versprechen, die Arbeitslosigkeit unter drei Millionen zu senken, ist die Schröder-Regierung meilenweit entfernt.

Der aktuelle Rückgang ist nicht die Folge einer zukunftsgerichteten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern des Anziehens der Weltwirtschaft. Die konjunkturelle Entwicklung sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass die Schröder-Regierung bis heute keine sinnvollen Antworten auf die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt hat. Das blanke Chaos der

Schröder-Regierung im vergangenen Jahr hat zu einem wirtschaftlichen Einbruch und einer Halbierung des Wirtschaftswachstums geführt. Jetzt versucht die Schröder-Regierung mit wohlfeilen Versprechungen – Beispiel Steuerpolitik – und Schaulaffekten – Beispiel Green Card – Erwartungen zu wecken, die sie nachher nicht erfüllt.

Die Schröder-Regierung hat kein Konzept, das verlässliche und wegweisende Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gibt. Die Steuerpläne benachteiligen den Mittelstand. Der Green-Card-Vorschlag löst den Fachkräftemangel nicht, statt dessen droht wie bereits mit der Neuregelung der 630-DM-Jobs und der sogenannten Scheinselbstständigkeitsregelung erneut mehr Bürokratie. Fehlanzeige auch in der Bildungspolitik. Statt mehr Geld für Bildung zu investieren, wurde im Bildungshaushalt 2000 der Rotstift angesetzt.

Fortsetzung von Seite 1

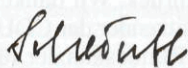
Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1998. Es waren gute und wichtige Jahre für die Menschen in unserem Land und für die Mitglieder unserer Partei. Sie haben an verschiedenen Punkten Pflöcke der Geschichte eingeschlagen, wenn wir nur an die klare Haltung in der Frage der NATO-Nachrüstung, die mutige Gestaltung der Deutschen Einheit und die Weiterentwicklung der Europäischen Einigung denken.

Die Mitglieder der CDU konnten auf Ihre Führungsstärke bauen, genauso wie auch Sie Unterstützung von vielen erhalten haben. In diesem Sinne haben Sie einen Teil deutscher Geschichte mitgeschrieben, und

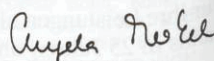
wir schließen uns den Worten von Lord George Weidenfeld an: Ihr Werk bleibt historisch überragend. Dafür danken wir Ihnen.

Wir wünschen Ihnen für die Zukunft ein erfülltes persönliches Leben und trotz aller Widrigkeiten einen ausgefüllten Geburtstag.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Schäuble



Angela Merkel

Nordrhein-Westfalen braucht eine bessere Bildungspolitik

Als „fast erbärmlich“ hat Ministerpräsident Clement selber noch am 5. Februar die Ausstattung nordrhein-westfälischer Schulen mit Computern bezeichnet. Ausstattungsgrad: weniger als 50 Prozent.

Im Vergleich dazu Baden-Württemberg: 100 Prozent, also alle Schulen des Landes; Bayern: 87 Prozent.

Die Lage in Nordrhein-Westfalen wird zusätzlich verschärft durch

- krasse Unterversorgung an informationstechnisch ausgebildeten Lehrern,
- weitgehende Abwahlmöglichkeiten von Fächern wie Mathematik, Physik, Biologie und Chemie,
- Vernachlässigung des Schulfachs Informatik.

Völlig zu Recht kritisiert deshalb IG Metall-Chef Zwickel: Mit der GreenCard wird der Versuch unternommen, „eigene Versäumnisse mit einer kurzsichtigen Lösung zu kaschieren“.

Völlig zu Recht fordert deshalb ÖTV-Chef Mai: Vorrangig ist die Verbesserung der Ausbildung notwendig.

Der Spitzenkandidat der nordrhein-westfälischen CDU für die Landtagswahl am 14. Mai hat als Bundesbildungsminister die Weichen für den Einstieg in das Multimedia- und Internet-Zeitalter rechtzeitig gestellt:

- Gegen den Widerstand von rot-grünen Kultusministern hat Jürgen Rüttgers die

Aktion „Schulen ans Netz“ ins Leben gerufen. Damals waren 5 Prozent unserer Schulen am Netz, heute sind es weit über 30 Prozent.

- Mit dem Multimediagesetz hat er sichere Rechtsgrundlagen für das Internet geschaffen, als die rot-grünen Länder noch Rundfunkgebühren für die PCs erheben wollten.
- 34 neue Berufe, davon fünf im IT-Bereich, haben die Ausbildungsmöglichkeit

Jürgen Rüttgers hat als Bundesbildungsminister die Weichen für den Einstieg in das Multimedia- und Internet-Zeitalter gestellt.

ten vergrößert. Heute sind 14.000 junge Menschen in Ausbildung.

- Mit dem Ausbau des deutschen Forschungsnetzes zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz sind alle Hochschulen vernetzt worden.
- Die Verhandlungen mit der Telekom über die Absenkung der Gebühren für unsere Schulen wurden begonnen.
- Programme für die Entwicklung von Lernsoftware wurden aufgelegt.
- Bei jungen Leuten hat Rüttgers mit dem „Gründerwettbewerb Multimedia“ Unternehmergeist in den neuen Branchen geweckt. 1.400 potenzielle Existenzgründer haben sich beteiligt.

In Deutschland gibt es 56.000 arbeitslose Ingenieure und 37.000 arbeitslose EDV-Spezialisten. Warum nicht auch die 15.000 Arbeitnehmer, die aufgrund der Fusion von Deutscher und Dresdner Bank arbeitslos werden, nachqualifizieren?

Den „Rohstoff Geist“ durch Intensivierung von Ausbildung und Fortbildung decken

Die Innenminister und -senatoren der CDU/CSU sowie der für innenpolitische Fragen zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sind am 2. April zu einem Gedankenaustausch über Zuwanderungspolitik zusammengetroffen. Ergebnis sind die folgenden ausländerpolitischen Thesen:

1. Deutschland ist aufgrund seiner hohen sozialen Standards seit Jahren bevorzugtes Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt. Mit einem Ausländeranteil von 9 Prozent der Bevölkerung nimmt es inzwischen in Europa einen Spitzenplatz ein. Wenn wir die Identität unseres Landes und die Integrationschancen der rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer nicht aufs Spiel setzen wollen, gibt es zu einer Begrenzung der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten keine Alternative.

2. Deutschland besitzt ein weltweit beispielhaftes Netz an Ausbildungseinrichtungen und ein vorbildliches System der beruflichen Bildung. Mit dem bei uns verfügbaren „Rohstoff Geist“ muss in überschaubarer Zeit durch Intensivierung der Aus- und Fortbildung sowie durch Qualifizierung ein etwa bestehender Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, auch in der Informationstechnologie, gedeckt werden. Ein weiterer Weg dazu sind Anreize für eine höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt.

3. Die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte von Staaten ausserhalb der EU kann nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zur

Abdeckung des aktuellen Bedarfs zugelassen werden und ist schon jetzt rechtlich möglich. Die bestehenden Möglichkeiten sind konsequent und flexibel auszuschöpfen; beim Vollzug sind bürokratische Hindernisse abzubauen. Bewerber aus den Beitrittsstaaten der EU sind dabei vorrangig zu berücksichtigen.

4. Wir werden uns in Deutschland auch in Zukunft der humanitären Herausforderung stellen, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und Menschen in Not zu helfen. Deutschland kann aber in Europa nicht auf Dauer die Hauptlast tragen. Innerhalb der EU müssen die Lasten für die Aufnahme von politisch Verfolgten und von Bürgerkriegsflüchtlingen endlich gerecht verteilt werden.

Um die besondere Belastung insbesondere Deutschlands zu vermindern, ist es Aufgabe sowohl der Bundesregierung als auch der EU, zu einer Vereinheitlichung des Asylrechts und der Flüchtlingsaufnahme in formeller und materieller Hinsicht zu finden. Die Bundesregierung muss einen besseren Schutz der EU-Aussengrenzen nach Schengen-Standard einfordern.

5. Der im Grundgesetz (Art 16a GG) enthaltene individuelle Anspruch auf Asyl muss entsprechend dem europäischen Standard auf eine institutionelle Garantie umgewandelt werden; die Rechtskontrolle ist zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wer das Asylrecht missbraucht, darf keine Möglichkeit erhalten, sich durch Verzögerung der Verfah-

ren einen langjährigen Aufenthalt in Deutschland zu verschaffen.

6. Die Zuwanderung von „Wirtschaftsflüchtlingen“ muss wirksam unterbunden werden. Dies bedeutet zum einen, Anreize, nach Deutschland zu kommen, zu vermeiden (z.B. keine Lockerung des Arbeitsverbots und weitere Reduzierung von Barleistungen sowie Aufenthaltsbeschränkungen bei Verschleierung der Personalien). Zum andern müssen Ausländer ohne Aufenthaltsrecht schneller und konsequenter zurückgeführt werden. Der Bund muss hier alle Möglichkeiten, auch im Rahmen der Entwicklungshilfepolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ausschöpfen.

Es darf keinen Zweifel daran geben, dass Bürgerkriegsflüchtlinge nach Wegfall der Fluchtgründe unverzüglich in ihre Heimat zurückkehren.

7. Der bisher großzügige Familiennachzug muss begrenzt und an die Erfüllung bestimmter Integrationsvoraussetzungen geknüpft werden.

Das Nachzugsalter für Kinder ist auf zehn Jahre herabzusetzen, damit der wesentliche Teil der Schulausbildung in Deutschland möglich ist.

8. Der Entwurf der EU-Richtlinie über den Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen ist strikt abzulehnen, da dadurch eine zusätzliche Zuwanderung von bis zu 500.000 Menschen pro Jahr zu erwarten ist.

9. Auch die vor kurzem ergangene Anweisung des Auswärtigen Amts an die deutschen Auslandsvertretungen, Einreisevisa trotz bestehender Zweifel an der Bereitschaft eines Visumsbewerbers zur freiwilligen Ausreise zu erteilen, ist im Interesse der Zuwanderungsbegrenzung unverantwortlich. Die Erfahrung zeigt, dass viele Migranten unter dem Vorwand eines Besuchsaufenthalts nach Deutschland kommen und dann auf Dauer bleiben wollen.

10. Straffällig gewordene Ausländer verwirken ihr Gastrecht. Ihre Abschiebung ist zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Doppelstrategie von Müntefering wird nicht aufgehen

„Es ist schon besonders unverfroren, wenn jetzt der SPD-Generalsekretär Müntefering den Ausbau von Bürgerbeteiligung als politisches Ziel der SPD ausgibt, während er gleichzeitig als Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen entsprechende Vorschläge der CDU jahrelang verhindert und torpediert hat“, sagte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul.

Die Initiative der nordrhein-westfälischen CDU, die Bürgerbeteiligung im kommunalen Bereich und auf Landes-

ebene weiter auszubauen, sei von der NRW-SPD und ihrem Landesvorsitzenden Müntefering immer wieder abgeblockt worden. „Es ist schon abenteuerlich, wenn der Vorsitzende einer Landespartei, der das Einführen von Kumulieren und Panaschieren auf kommunaler Ebene gerade noch in diesen Tagen abgelehnt hat, sich nun als Vorkämpfer für mehr Bürgerrechte präsentiert. Mehr Verlogenheit habe ich in der Politik selten erlebt“, sagte Herbert Reul anlässlich der Vorstellungen von Müntefering zur Reform der SPD.

30 Jahre SPD sind genug

Fakten & Daten zu Nordrhein-Westfalen

Wirtschaft

Wirtschaftswachstum

1999: 0,9% reales Wirtschaftswachstum. Das ist der viertletzte Platz unter den Bundesländern (schlechter: Berlin: 0,1%, Bremen 0,5%, Brandenburg: 0,8%, Bundesdurchschnitt: 1,4%)

Arbeitslosigkeit

Die Fakten: In NRW gab es im Februar 2000 829.840 Arbeitslose [Arbeitslosenquote von 10,2% (Bundesgebiet West: 8,9%)] 1991 gab im Jahresdurchschnitt 561.000 Arbeitslose, 1999 waren es 830.600

Zuwachs in 8 Jahren: 270.000 Arbeitslose.

Clement: „die Halbierung der Arbeitslosigkeit, ja das ist das wichtigste politische Ziel, das ich habe“ (am 27.5.1998 im „heute journal“). Im Juni 1998 gab es in Nordrhein-Westfalen 844.937 Arbeitslose – heute sind es 15.000 weniger. Bei dem Tempo werden wir in genau 47 Jahren eine Halbierung erreicht haben!

Clement bleibt dabei: Am 25. Januar bei der Vorstellung des Entwurfs des SPD-Regierungsprogramms: Er sehe gute Chancen, die Zahl der Erwerbslosen auf unter 500.000 zu drücken.

Jugendarbeitslosigkeit (Jugendlichen unter 20 Jahren):

Februar: 10,7% der Jugendlichen unter 20 Jahren sind arbeitslos. Bundesschnitt: 8,4%

Das ist Platz 13 unter den Bundesländern. Schlechter sind nur Bremen, Hamburg und Berlin (Großstädte).

Gewerbeanmeldungen

Bei den Existenzgründern hinkt NRW hinterher.

Von Januar bis Oktober 1999 gab es unterm Strich je 10.000 Einwohner in NRW 10,1 neue Unternehmen. Im Bundesdurchschnitt gab es 11,5, in Niedersachsen 12,6, in Bayern 16 und in Sachsen sogar 16,7 neue Unternehmen. NRW hat damit im Vergleich zu Bayern die Schaffung von knapp 50.000 neuen Arbeitsplätzen versäumt.

In NRW fehlen rund 252.000 selbständige Betriebe verglichen mit Bayern. Um wenigstens den Durchschnitt der alten Länder zu erreichen, müssten in NRW 88.000 selbständige Betriebe entstehen.

Haushalt

Verschuldung

Im Jahr 2000 beträgt die Gesamtverschuldung NRW 166,4 Milliarden DM.

Innerhalb der vergangenen vier Jahre stiegen die Schulden um 30,8 Milliarden DM.

Investitionsausgaben je Einw.

Lag die Investitionsquote (Anteil der Investitionsausgaben am Gesamthaushalt) 1998 noch bei 10,5%, gehen in 2000 nur noch 10% des Haushalts in Investitionen. NRW gehört zu den Ländern mit den geringsten Investitionsquoten.

Personalausgaben

Die Personalausgabenquote (Anteil am Gesamthaushalt) steigt kontinuierlich: Von 39,5% in 1991 auf 40,5% in 2000. Als

Faustregel gilt: in einem soliden Haushalt darf die Personalausgabenquote 40% nicht übersteigen.

Schule

Von 1994 bis 2000 wurden nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an den Schulen NRWs ca. 17.000 Stellen eingespart.

Unterrichtsausfall: laut Schulministerium (!) fällt bis zu 11,4 % des Unterrichts aus. Nach Berechnungen des Philologenverbandes fällt in NRW jede achte Unterrichtsstunde aus.

In NRW gab es im Jahr 1998 (aktuellste Zahl) im Durchschnitt der allgemeinbildenden Schulen

- ▶ die größten Klassen Deutschlands;
- ▶ die wenigsten Unterrichtsstunden je Schüler (statistischer Quotient);
- ▶ hinter dem Saarland und Hessen die meisten Schüler je Lehrer (Platz 14);
- ▶ auch bei den Unterrichtsstunden je Klasse liegt NRW unter dem Bundesdurchschnitt (Platz 5).

Innere Sicherheit

In Nordrhein-Westfalen ist die Kriminalität von 1970 bis 1999 um über 100 % gestiegen – von ca. 600.000 Fällen auf 1.331.581.

Polizeidichte (Verhältnis der Polizeivollzugsbeamten zur Bevölkerungszahl): NRW liegt auf dem vorletzten Platz.

NRW liegt bei ca. 7.400 Straftaten je 100.000 Bürger, Bayern und Baden-Württemberg liegen bei ca. 5.600 Straftaten je 100.000 Bürger; in der Aufklärungsquote belegt NRW Platz 10 (Aufklärungsquote in NRW bei 50 %, in Bayern bei ca. 65 %).

Verkehr

1,8 Mio. Pendler in NRW.

Bundesregierung kürzt Mittel für Bundesfernstraßenbau in NRW:

1998: 466 Mio DM

2000: 412 Mio DM

2003: 158 Mio DM

Landesregierung kürzt Landesstraßenbaumittel:

1995: 172,7 Mio DM

1999: 100 Mio DM. In 2000 (Wahljahr!) wurden die Mittel wieder auf 150 Mio. DM heraufgesetzt.

Klimmt-Stauprogramm

Für den Ausbau des Autobahnnetzes sollen von 2003 bis 2007 rund 3,7 Milliarden DM zusätzlich bereitgestellt werden.

- Warum erst ab 2003?
- Allein beim Straßenbau ist der Ansatz im (Bundes-)Investitionsprogramm bis 2002 um rund 5 Mrd. Mark gekürzt worden. Und nun stellt Klimmt die zusätzlichen 3,7 Milliarden DM aus dem Anti-Stau-Programm ab 2003 als großen Wurf dar.

ADAC zum Stauprogramm: „glatte Augenschere, verdummt Autofahrer und Anwohner“ – „Tropfen auf den heißen Stein“.

Investitionsstau

Ausbau von Landesstraßen: Investitionsstau von 1,3 Milliarden DM

Universitätskliniken: Investitionsstau von 2,1 Milliarden DM

Übrige Krankenhäuser: Investitionsstau von ca. 1 Milliarde DM

Hochschulen: Investitionsstau von über 5 Milliarden DM

Hortplätze: Es fehlen 20-30.000 Plätze (Auskunft der Landesjugendämter).

Schröder hat selber verursacht, was er jetzt beklagt

Anlässlich der Forderung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, 30.000 ausländische Computerspezialisten nach Deutschland zu holen, erklärte der Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Peinlich für Bundeskanzler Gerhard Schröder: Im Jahre 1996 war er als Ministerpräsident von Niedersachsen verantwortlich für die Schließung des Studiengangs Informatik an der Universität Hildesheim, heute beklagt er wortreich das Fehlen von Informatikspezialisten in Deutschland.

Trotz massivster Proteste seitens der Hochschullehrer und Studenten aus Hildesheim schloss im Juni 1996 die seinerzeitige niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchhardt (SPD), die Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik. Dabei war das Fach Informatik, dessen Aufbau 50 bis 60 Millionen Mark gekostet hatte, ungewöhnlich erfolgreich. Die Ausbildung galt als kompetent und praxisnah; die Absolventen des Studienganges waren bundes-

weit gefragt. Dennoch wurden in diesem Bereich 33 etatisierte Planstellen und weitere befristete Planstellen eingespart. Der Kahlschlag im Informatikbereich wurde ausdrücklich vom damaligen Ministerpräsidenten Schröder politisch gedeckt.

Skandalös war vor allem die offizielle Begründung für den beispiellosen Bildungsabbau: die CDU-geführte Vorgängerregierung habe „leider zu viele Informatikstudienplätze geschaffen“ (Pressemitteilung der SPD-Landesregierung vom 16. 2. 1996). Trotz alternativer Sparvorschläge der Uni-Verwaltung und Demonstrationen der betroffenen Studenten blieb der damalige Ministerpräsident Schröder hart: „Der Beschluss steht fest“. Nur vier Jahre später hat ihn die Realität eingeholt: Nach seinen eigenen Worten habe Deutschland nicht genügend Computerspezialisten ausgebildet.

Das Eigentor von Bundeskanzler Schröder ist ein treffendes Beispiel für eine verfehlte SPD-Bildungspolitik. Eine Ursache für den Mangel an Informatikern heißt: Gerhard Schröder.

Zahl der Gewerbeanmeldungen ging 1999 zurück

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland weniger Gewerbebetriebe angemeldet.

Die Zahl ging gegenüber 1998 um vier Prozent auf 781.000 zurück, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Gleichzeitig habe die Zahl der Abmeldungen um zwei Prozent auf 707.000 zugenommen. Bei den Neuanmeldungen überwogen laut Statistik Kleingewerbe- oder Nebener-

werbsbetriebe. Auch bei den Betriebsaufgaben habe es sich in der Mehrzahl um kleine Gewerbe gehandelt. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlins wurden den Angaben zufolge sieben Prozent weniger Betriebe angemeldet und zwei Prozent weniger abgemeldet. In den alten Ländern gingen die Anmeldungen um drei Prozent zurück, während die Zahl der Abmeldungen um drei Prozent zunahm.

Riester steht mit seinen Rentenvorschlägen im Abseits

Zu der Kritik der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) an den Rentenvorschlägen von Arbeitsminister Riester erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Maria Böhmer:

Walter Riester steht mit seinen Vorschlägen zur Reform des Rentensystems im Abseits. Die Union ist heftigst von SPD und Bundesregierung für ihre Kritik an den Riesterplänen unter Beschuss genommen worden. Der Vorwurf, die Union wolle die Rentner und Rentnerinnen in Deutschland verunsichern, machte die Runde. Wie haltlos und unsachlich diese Vorwürfe waren, zeigt sich heute deutlich: Nach der vernichtenden Kritik des VDR vor einigen Wochen lässt nun auch die BfA kein gutes Haar an den Vorschlägen von Riester. Union, VDR und BfA treibt die Sorge um, die Bevölkerung in Deutschland könne das Vertrauen in die Rente verlieren. Insbesondere die Frauen werden durch die Vorschläge getroffen. Walter Riester leistet hierzu ganze Arbeit:

Sündenfall 1: Von der Abkopplung der Rentenerhöhung von den Nettolöhnen und der Kopplung an die Inflation für die Dauer von zwei Jahren ging ein fatales Signal aus: Die Bundesregierung greift in die Rentenleistungen nach Gutsherrenart ein. Verlässlichkeit ist zum Unwort verkommen. Diese Rente nach Inflationsausgleich trifft Frauen härter als Männer. Denn Frauen haben wesentlich kürzere Rentenbeitragszeiten und geringere Anwartschaften als Männer. Ihre Durchschnittsrente beträgt heute rund 830 DM West (1100 DM Ost). Jede Mark weniger ist ein doppelter Verlust.

Sündenfall 2: Schon plant Riester einen zweiten Sündenfall. In diesem Jahr gibt es nur einen Kaufkraftausgleich für alle Rentner und Rentnerinnen in Höhe der Inflation des letzten Jahres. Dies bedeutet: Anstatt der tatsächlichen Preissteigerung von 1,8 % gewährt Riester nur 0,6 % mehr Rente. Auch das führt zu einem deutlichen Minus für die Rentnerinnen.

Sündenfall 3: Mit der bedürftigkeitsorientierten Grundsicherung begeht Riester seine dritte Untat. Die Einführung dieser Grundsicherung gauckelt Frauen mit niedrigen eigenen Rentenansprüchen vor, dass sie mit einer höheren Alterssicherung rechnen könnten.

Vor der Wahl ist Riester mit großem Versprechen angetreten. Davon ist nichts übrig geblieben.

Diese Erwartung wird sich für viele Frauen beider Bedürftigkeitsprüfung in Luft auflösen. Nur 1,3 % der Altersgruppe ab 65 Jahre bezieht Sozialhilfe.

Sündenfall 4: Versicherte, die Kinder unter zehn Jahren erzogen und 35 Versicherungsjahre haben, sollen eine Rente nach Mindesteinkommen erhalten. Welche Frau kann aber heute auf 35 Versicherungsjahre zurückblicken? Drei Viertel der Frauen haben weniger als 35 rentenrechtlich relevante Jahre vorzuweisen. Gut ein Fünftel der Renten an Frauen auf beruht sogar auf weniger als 15 Versicherungsjahren.

Sündenfall 5: Mit der geplanten Anrechnung aller Einkommen bei der Wit-

Stärkung der zweiten Säule ja, aber freiwillig

Zu Plänen der SPD, eine obligatorische betriebliche Altersversorgung einzuführen, erklärte der sozialpolitische Sprecher und Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann:

Die Pläne der Sozialdemokraten, eine obligatorische betriebliche Altersversorgung einzuführen, lehnen wir ab. Wir treten für eine Stärkung der zweiten Säule der Alterssicherung ein, setzen dabei allerdings auf Freiwilligkeit.

Es kommt insbesondere darauf an, die Rahmenbedingungen zu verbessern. So fordern wir eine nachgelagerte Besteuerung der Betriebsrenten in allen Durchführungswegen. Das heißt: Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (und übrigens auch für die private Vorsorge) sollten – bis zu einem Höchstbetrag – steuerfrei bleiben.

Wir fordern darüber hinaus mehr Flexibilität bei den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Betriebsrentenzusagen müssen für die Unternehmen

besser kalkulierbar, für die Arbeitnehmer besser übertragbar werden.

Einen Zwang zur betrieblichen Altersversorgung wird es mit uns nicht geben. Wir haben bereits ein obligatorisches Alterssicherungssystem in Deutschland, die gesetzliche Rentenversicherung. Und dabei sollte es bleiben. Es bringt nichts, wenn wir versuchen, die durch die Sozialversicherung verursachten Lohnzusatzkosten zu stabilisieren, zugleich aber neue Kosten durch eine Pflicht zur Zahlung von Betriebsrenten verursachen.

Im übrigen sind wir zuversichtlich, dass der Verbreitungsgrad der Betriebsrenten bei verbesserten Rahmenbedingungen wieder steigen wird – insbesondere unter Nutzung der Möglichkeiten zur Entgeltumwandlung.

Wir appellieren an die Sozialdemokraten, endlich konkrete Vorschläge für die Stärkung der Betriebsrenten auf den Tisch zu legen, anstatt vorschnell auf Zwang zu setzen.

wenrente geht der Anreiz verloren, privat Vorsorge für das Alter zu leisten. Volle Einkommensanrechnung und das Ziel „freiwillige private Altersvorsorge“ stehen in eklatantem Widerspruch zueinander. Wer mehr spart, kriegt als „Belohnung“ auch noch weniger Witwenrente!

Walter Riester ist vor der Wahl mit großen Versprechen angetreten: Die eigenständige Alterssicherung von Frauen sollte sich maßgeblich verbessern. Im Ergebnis ist Walter Riester nun aber drauf und dran, das Rentensystem in Grund und Boden zu

reformieren. Eine wirkliche Verbesserung für Frauen ist nicht in Sicht. So kann es nicht weitergehen. Riester muss seine Bereitschaft belegen, die eigenständige Alterssicherung von Frauen wirklich verbessern zu wollen. Hierzu muss er handfeste und realisierbare Vorschläge einzubringen. Diese Vorschläge dürfen aber nicht nur einer kleinen Gruppe von Frauen zugute kommen. Die Vorschläge müssen für alle Frauen von Nutzen sein und zur Geschlechtergerechtigkeit in der Rente zwischen Frau und Mann führen.

Das neue Erziehungsgeldgesetz hat erhebliche Mängel

Zur Kabinettsbefassung des Entwurfs einer Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes erklärten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, und die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Der Entwurf eines neuen Bundeserziehungsgeldgesetzes enthält wesentliche Mängel. Die Freibeträge für Eltern und Kinder sollen um ca. 10 % angehoben werden. Dies findet grundsätzlich Zustimmung. Doch wird hier nach klaren SPD-Kriterien angehoben. Benachteiligt werden verheiratete Eltern und kinderreiche Familien. Der Freibetrag für ein Kind liegt mit zukünftig 4.800 fast 2000 DM unter dem offiziellen Existenzminimum von Kindern. Ebenso liegt der neue Freibetrag für Paare deutlich unter dem steuerfreien Existenzminimum, der von Alleinerziehenden jedoch weit darüber. Gerech ist das sicher nicht – und wohl auch nicht mit den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vereinbar, wonach verheiratete Eltern gegenüber Alleinerziehenden nicht benachteiligt werden dürfen.

Die Behauptung, dass mit den neuen Freibeträgen mehr Eltern Erziehungsgeld erhalten als bisher, ist leider falsch. Es werden zwar einerseits die Freibeträge angehoben, gleichzeitig wird jedoch die Mindeierungsquote von 40 auf 50% erhöht. Das heißt, für jede DM monatliches Einkommen, das über den Freibeträgen liegt, werden nicht mehr nur 40 sondern zukünftig 50 Pfennig Erziehungsgeld monatlich abgezogen. Im Ergebnis wird es dabei Familien geben, die zukünftig weniger Erziehungsgeld erhalten als bisher, auch wenn es gleichzeitig mehr Familien gibt, die

volles Erziehungsgeld erhalten. Es handelt sich also in erster Linie um eine Umverteilung von Eltern mit mittlerem Einkommen an Eltern mit niedrigen Einkommen.

Die neue Budgetregelung setzt einen wesentlichen Anreiz, den Erziehungsurlaub der Eltern auf das erste Lebensjahr zu begrenzen. Wer nur ein Jahr Erziehungsgeld beansprucht, erhält 900 DM im Monat statt 600 DM, d.h. wer nur 12 Monate lang sein Kind rund um die Uhr selbst betreut und erzieht, erhält zunächst einen Extrabonus. Gleichzeitig wird dabei wohl auch auf Einsparungen spekuliert, falls sich viele Eltern dadurch zu einem verkürzten Erziehungsgeldbezug verlocken lassen.

Eine solche familienpolitisch verfehlte Regelung lehnen CDU und CSU ab. Dies auch deshalb, weil Eltern mit gekürztem Erziehungsgeld nicht in der Lage sein werden, die besonders komplizierten Berechnungen bei der Budgetregelung selbst durchzuführen. D.h. sie müssen sich kurz nach der Geburt definitiv festlegen, wer, wie und wann Erziehungsurlaub nimmt, können aber gleichzeitig nicht absehen, wie viel Erziehungsgeld sie jeweils erhalten werden. Kosten für mehr Beratungskapazität der Ämter sind im Gesetzentwurf jedoch nicht eingeplant. Bürgerfreundlich ist das sicher nicht.

Der große Wurf ist nicht gelungen

Zum Entwurf der Bundesregierung für eine Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz:

Vollmundig hatte Rot-Grün zu Beginn der Legislaturperiode verkündet, zwar nicht

alles anders, aber doch vieles besser machen zu wollen. Davon war in der Vergangenheit nicht viel zu erkennen.

Auch die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes kann hier keine Überraschungen bieten. Sie setzt auf das bewährte, einst von der CDU eingeführte, Instrument des Erziehungsgeldes und -urlaubs, ohne im Wesentlichen zu nennenswerten Weiterentwicklungen zu kommen.

Vielmehr wird deutlich erkennbar, dass ideologische Denkstrukturen die Novellierung bestimmen. Notwendige, realitätsorientierte Fortschritte bleiben dagegen in den Anfängen stecken und oft weit hinter den Forderungen der Union zurück.

Seit Dezember 1999 sind die Forderungen der CDU auf dem Tisch:

- Der bisherige Erziehungsurlaub muss zu einem Anspruch auf Familienzeit weiterentwickelt werden.
- Flexibilität und Möglichkeiten der Betreuung bis ins Schulalter müssen hierbei oberste Prinzipien sein.
- Zudem müssen deutliche Anreize für eine partnerschaftlichen Teilung des Familienzeitkontos entstehen.

Bei der Regierungsvorlage gibt es nur verbale Aufforderungen an beide Elternteile zur Inanspruchnahme, nicht jedoch Anreize.

Im übrigen haben Familienverbände gefordert, zukünftig auf den Begriff „Erziehungsurlaub“ zu verzichten, da er in keiner Weise der geleisteten Familienarbeit gerecht wird. Die Union hat dieses berechtigte Anliegen – ganz im Gegensatz zur Bundesregierung – aufgegriffen.

Eine weitere entscheidende Forderung der CDU ist die Weiterentwicklung des Erziehungsgeldes zum Familiengeld unter Einbeziehung des Kindergeldes. Ein bedarfsgerechter Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist ebenso wie die Aufhebung der zeitlichen Grenze für eine Erwerbstätigkeit innerhalb der Familien-

zeit Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mit solch differenzierten Lösungsansätzen, wie sie die Union vorschlägt, kann sie den unterschiedlichen Lebensplanungen und Bedürfnissen von Eltern gerecht werden und ermöglicht eine echte Wahlfreiheit.

Sie entspricht damit den Wünschen der jungen Generation nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung dagegen klebt an überholten Rollenbildern und versucht, über die weitgehend unveränderte Höhe des Erziehungsgeldes einerseits die Entscheidung von Eltern zu beeinflussen und andererseits einen nicht unerheblichen Spareffekt zu erbringen.

Erziehungsgeld „light“

Zum Beschluss des Bundeskabinetts zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes erklärten die Vorsitzende des Bundesausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, und die Vorsitzende des Bundesausschusses Familien- und Jugendpolitik, die hessische Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn:

Die Schröder-Bundesregierung hat mit Pauken und Trompeten für ihre neue Familienpolitik geworben. Die Pläne, die Rot-Grün jetzt zur Neuordnung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub auf den Tisch legt, sind ein tiefer Griff in die Trickkiste – und in das Portemonnaie der Mütter und Väter:

Beim Erziehungsgeld soll es eine Budgetierung geben. Der Begriff verschleierte, dass Rot-Grün den Rotstift bei den Eltern ansetzt. Wer zum Beispiel statt 24 Monate nur 12 Monate Erziehungsgeld bezieht, erhält monatlich 900 statt 600 DM. Eine Mutter, die bereits nach einem Jahr in den Beruf zurückkehrt, muss ein Minus von 3600 DM in Kauf nehmen.

Eichel fördert Aktiengesellschaften und straft die Mittelständler

Zu dem Entwurf der Bundesregierung für eine Unternehmensteuerreform, erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen:

Der Mittelstand steht derzeit vor zwei großen Problemen: seiner geringen Eigenkapitalquote und dem Nachfolgeproblem. Für beides bietet Eichels Unternehmensteuerreform keine Lösung.

75 Prozent aller Betriebe werden nicht entlastet. Eichel konzentriert sich auf die wenigen Großen und lässt über 2 Millionen kleine und mittlere Unternehmen leer ausgehen. Diese waren allerdings in den vergangenen Jahren die einzigen, die in Deutschland zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben. Statt ihnen durch entsprechende Entlastungen Luft für weitere Investitionen in Arbeitsplätze zu schaffen, setzt er auf die Großbetriebe, die ständig Arbeitsplätze abbauen.

Das wird bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen besonders deutlich. Verkauft eine Aktiengesellschaft ihre Anteile, zahlt sie Null Steuern. Verkauft der kleine Handwerksmeister seinen Betrieb, wird der Steuersatz verdoppelt. Das ist die Realität sozialdemokratischer Steuerpolitik.

Rücklagemodell letztlich auch nur Hilfskrücke

Zu dem Vorschlag eines Rücklagemodells als Alternative für das Optionsmodell der Bundesregierung erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen:

Das Rücklagemodell ist letztlich auch nur eine Hilfskrücke. SPD und Grüne versuchen damit die Schieflage ihrer Unternehmensteuerreform zu Lasten des Mittelstan-

des zu verringern. Sie zeigen hierdurch aber nur, dass sie die grundsätzlichen Fehler ihres Konzepts nicht beseitigen wollen.

Dies sind vor allem zwei Kardinalfehler. Zum einen die alte sozialistisch- und kommunistische Ideologie, Unternehmen vom Unternehmen trennen zu wollen. Damit wird ein Strukturwandel von den eigentümergeführten Personengesellschaften hin zu anonymen Kapitalgesellschaften vorange-

Die Bundesregierung hat für den Mittelstand bestenfalls ein Trostpflasterchen übrig.

trieben. Das ist nichts anderes als ein Anschlag auf die Unternehmenskultur in Deutschland.

Der zweite große Fehler liegt in der Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns. Dem liegt der Irrglaube zugrunde, dass im Betrieb verbleibender Gewinn eher zu Arbeitsplätzen führt. In einer Zeit, in der sich das Wissen alle fünf Jahre verdoppelt, ist es völlig falsch, Kapital in bestehende Strukturen einzumauern. Dieser Fehler würde durch das Rücklagemodell nicht beseitigt, sondern sogar noch verstärkt.

Letztlich zeigt dieser Vorschlag somit nur, dass die Bundesregierung von ihren grundsätzlichen Plänen nicht abrückt. Sie legt bestenfalls kleine Trostpflasterchen für den Mittelstand drauf.

Regierung und Opposition werden folglich bis zum Schluss mit zwei unterschiedlichen Konzepten in die Beratungen gehen. Hierdurch wird eine Einigung im parlamentarischen Verfahren fast unmöglich gemacht. ■

STASI-AKTEN

Faulgase

Dass die DDR-Staatssicherheit Telefongespräche des ehemaligen CDU-Schatzmeisters und Kohl-Vertrauten Uwe Lüthje abgehört hat und so seit den siebziger Jahren über Details der CDU-Spendenpraxis informiert war, ist wenig überraschend. Seitdem in der Gauck-Behörde die West-Arbeit des Ministeriums analysiert und dokumentiert wurde, ist klar: Die Stasi wusste alles, was sich die politische Welt im Westen Deutschlands am Telefon zu sagen hatte.

Wie mit dieser Ungeheuerlichkeit umgehen? Die Frage ist also: Wie viel veröffentlichte Stasi-Akten-einsicht verträgt unsere politische Kultur? Der Versuchung in den Medien und beim jeweiligen politischen Gegner, mit den verdorbenen Früchten der Stasi heute noch Cocktails im Skandalgeschäft zu mischen, ist in jedem Fall groß – und hat eine schlimme Tradition. Zu Recht warnt Helmut Kohl von der Fortsetzung einer Schlamm-schlacht, wenn jetzt offiziell bestellte und selbsternannte Aufklärer die Aufarbeitung des CDU-Parteispendenskandals mit den Faulgasen der Stasi-Auslandaufklärung düngen wollten. In ersten Stellungnahmen haben sich Vertre-

ter der SPD bereits bereit erklärt, auf den Gebrauch des Stasi-Materials im Spenden-Untersuchungsausschuss zu verzichten. Hoffentlich hält dieser Konsens!

Die Welt**Später Triumph**

Der Rechtsstaat braucht keine falschen Zuträger. Die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter, die einer Berliner Zeitung Hinweise auf die geheimdienstlichen Mitschnitte von Telefongesprächen des früheren CDU-Generalbevollmächtigten Lüthje gaben, werden dies vermutlich eher für Geld oder aus Wichtigtuerei getan haben als aus gutbürgerlicher Empörung über Verstöße gegen das Parteiengesetz.

Wer heute die Stasi-Lauschereien gegen Kohl instrumentalisieren will, wie offenbar der grüne Fraktionschef Schlauch, verschafft nicht nur Mielke einen späten Triumph, sondern bereitet auch Unberechenbarem den Weg. Der Untersuchungsausschuss verlöre jeglichen Anspruch, als halbbrichterliche Instanz angesehen zu werden, wenn er unter Missachtung der Strafprozessordnung illegal – noch dazu vom „Feind“ – Abgehörtes in das Verfahren einführt.

Frankfurter Allgemeine**Weg damit**

Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat jahrelang die CDU und ihre Finanzexperten abgehört. Der Untersuchungsausschuss zur Parteispendenaffäre hat erklärt, die Protokolle nicht zu verwenden. Das entspricht dem Gesetz. Denn die Abhöraktion war illegal. Es ist aber auch eine demokratische Selbstverständlichkeit. Denn bei allem elenden Parteienstreit zu diesem Thema – wir sind kein Spitzelstaat. Diese „Unterlagen“ der SED-Diktatur gehören in den Reißwolf. **Bild**

STEUERBESCHETDE**Ungerechtigkeit**

Gewiss, auch Finanzbeamte machen Fehler. Doch arbeitet jeder Einzelne von ihnen genau so gewissenhaft und fleißig wie Beschäftigte in Handel oder Industrie. Deshalb ist die Schätzung des Bundes des Steuerzahler, wonach jeder dritte Steuerbescheid fehlerhaft sei, keine Anklage gegen die Mitarbeiter in den Behörden, sondern ein Armutszeugnis für den Gesetzgeber. Dieser ist der Hauptschuldige für die immer komplizierteren Regelungen, die das Ausfüllen der Steuererklärung zu einer Tortur für jeden Nichtfachmann macht. Dabei trifft es junge Familien, Rentner und sozial

Schwächere häufig besonders schwer, wenn sie sich auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse keine professionelle Hilfe leisten wollen oder können. Dies führt dazu, dass sie später etwaige Fehler in Be-scheid kaum merken und deswegen auf einen Widerspruch verzichten. Viele reichen gar keine Erklärung mehr ein. Der Staat profitiert von solchen „Geschenken“ seiner ärmeren Bürger in unverantwortlicher Weise.

Neue

Osnabrücker Zeitung

LOHNRUNDE 2000

Zäsur

Die Lohnrunde 2000 markiert einen Wendepunkt in der deutschen Tarifpolitik. Fast geräuschlos und ungewöhnlich flott haben die Chemie- und die Metallbranche ihre Abschlüsse zu Stande gebracht. Und auch die Bauwirtschaft dürfte rasch folgen. Selbst die kampferprobte IG Metall verzichtete diesmal auf das übliche Muskelspiel mit Warnstreiks und Stimmungsmache. Dies weckt die Hoffnung, dass die alten Rituale der Tarifpolitik im neuen Jahrtausend endgültig der Vergangenheit angehören.

Eine Schwalbe macht zwar bekanntlich noch keinen Frühling. Dennoch ist die Tatsache, dass die traditionsbewusste mächtige IG

Ein Zeichen neuer Stärke

Die CDU hat die Wahl ihres Kandidaten Helmut Wenzel (parteilos) zum Bürgermeister von Lübbenau (Oberspreewald-Lausitz) als Zeichen neuer Stärke gewertet.

„Das Ergebnis zeigt deutlich, dass die Union die Krise des Vertrauens überwunden hat“, sagte CDU-Generalsekretär Thomas Lunacek in Potsdam. Wenzel hatte am 26. März die Stichwahl in Lübbenau mit 57,2 Prozent für sich entschieden. Sein Gegner Uwe Pielenz (SPD) erreichte 42,8 Prozent. Wenzel wird das Amt am 4. Mai antreten.

Die Bürger hätten sich nicht von den Ereignissen auf Bundesebene leiten lassen. Und: Seit Dezember habe die Union in Brandenburg mehr als doppelt so viele Eintritte wie Austritte.

Metall sich der Tarifführerschaft der zukunfts-konsens-orientierten IG Chemie beugt, eine Zäsur. Denn anders als die Metaller, die sich in der Vergangenheit mit ihren Forderungen und Abschlüssen oftmals wenig darum scherten, was ökonomisch verkraftbar ist, marschieren die Chemiker

seit vielen Jahren schon auf dem Pfad der Vernunft. Sie haben erkannt, dass im Zeitalter der Globalisierung und der sich immer rascher wandelnden Strukturen Mitarbeiter und Arbeitgeber in einem Boot sitzen und nicht gegeneinander rudern dürfen. Nicht das Weltbild vom Klassenkampf prägt in der Chemie-gewerkschaft den Verhandlungsstil, sondern Pragmatismus. Und dieser Sinn fürs Machbare färbt allmählich auf das gesamte Gewerkschaftslager ab.

Die Welt

ÖLPREIS

Entwarnung

Der Ölpreis ist leicht gesunken. Das erste Signal der Märkte nach der Einigung der Opec zeigt, dass die Akteure die Nachricht über die Erhöhung der Fördermengen begrüßen. Natürlich haben sich viele eine stärkere Ausweitung der Förderung erhofft, nachdem der Ölpreis sich als Reaktion auf die Förderbegrenzung der Erdöl exportierenden Länder verdreifacht hatte. Doch immerhin werden die Preise für Rohöl nicht weiter steigen, erwarten Fachleute und sagen mittelfristige Preise von rund 25 Dollar je Fass voraus: Gute Aussichten für die konjunktuelle Entwicklung der Weltwirtschaft.

Frankfurter Allgemeine

Für eine handlungsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Gemeinsamer Beschluss der Bundesfachausschüsse Europapolitik und Außen- und Sicherheitspolitik unter der Leitung der beiden Vorsitzenden Elmar Brok MdEP und Friedbert Pflüger MdB:

Die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union hat in den letzten Monaten eine besondere Dynamik erhalten. Der NATO-Gipfel vom April 1999 in Washington und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Köln und Helsinki haben die Grundlage für die Verstärkung der GASP im Sicherheits- und Verteidigungsbereich gelegt. Aus dieser müssen nun die institutionellen und operationellen Schlussfolgerungen gezogen und umgesetzt werden. Vordringliche Aufgaben sind dabei

- die Herstellung militärischer Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, zunächst im Bereich der Petersberg-Aufgaben,
- die Entwicklung von Instrumenten und Mechanismen des militärischen und nicht-militärischen Krisenmanagements einschließlich präventiver Politiken und
- die Überführung der Beistandspflicht nach Art. 5 WEU-Vertrag in den EU-Vertrag.

Die Lösung dieser Aufgaben bildet die Voraussetzung zur Schaffung eines europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der die äußere und innere Sicherheit für die Bürger er-

höht. Alle Überlegungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben das Ziel, die europäische Integration zu fördern und die Europäer, insbesondere die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in die Lage zu versetzen, in enger Kooperation mit der NATO ihre gestiegene sicherheitspolitische Verantwortung sichtbar wahrzunehmen. Eine handlungsfähige ESVP dient dem Abbau der strategischen Asymmetrie zwischen den europäischen und nordamerikanischen NATO-Partnern, und damit sowohl der Stärkung der NATO wie auch der Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses

Militärische Handlungsfähigkeit

Die tragischen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, haben gezeigt, dass Europa zu gemeinsamem militärischen Handeln in der Lage sein muss, um seine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem nötigen Maß an Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft auszustatten. Eine solche Handlungsfähigkeit soll, wird und kann die NATO weder ersetzen noch duplizieren, insbesondere in der kollektiven Landesverteidigung, die die Erhaltung der Machtbalance in Europa erfordert; daher spricht sich die CDU auch weiterhin für eine angemessene militärische Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent aus. Die NATO wird im Gegenteil entlastet und gestärkt, wenn die Europäer auf den Gebieten Friedenserhaltung und -schaffung, vertrauensbildende Maßnahmen, Frühwarnung, Krisenprävention und -management und der Sicherung humanitärer

Einsätze im Einvernehmen mit der NATO größere Verantwortung übernehmen. Für die Europäer geht es daher nicht vorrangig darum, – eigene militärische Instrumente und Strukturen zu schaffen, sondern vor dem Hintergrund der bestehenden NATO-Strukturen – gemeinsame Verfahren zur politischen Entscheidungsfindung und zur Mobilisierung militärischer Kräfte im EU-Rahmen zu schaffen. Die NATO kann so zusätzliche Vitalität gewinnen, indem ihre innere Lastenverteilung verbessert und eine direkte, transparente Abstimmung und Zusammenarbeit mit der EU geschaffen werden.

Voraussetzung gemeinsamen militärischen Handelns im Rahmen der GASP ist die volle Integration der WEU in die EU einschließlich Artikel 5 (automatische Beistandspflicht) als Protokoll des EU-Vertrags für die NATO-Mitglieder der Europäischen Union. Die CDU begrüßt es, dass als erster Schritt eine Personalunion des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Amt des Generalsekretärs der WEU erreicht wurde. Die Funktionen der Parlamentarischen Versammlung der WEU sollen bei der Integration der WEU in die EU auf das Europäische Parlament übergehen, das längerfristig die Gemeinsame Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik parlamentarisch kontrollieren soll. Die parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen soll bei den nationalen Parlamenten verbleiben.

Um die EU in die Lage zu versetzen, autonom militärische Operationen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben durchzuführen, müssen aber weitere Bedingungen erfüllt werden:

1. Auf der Grundlage existierender nationaler, bilateralen und multinationaler Arrangements wie insbesondere des Euro-Korps und anderer der WEU zugewiesener Verbände müssen die militärischen

Kapazitäten der Europäer effizienter organisiert sowie zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Dies gilt insbesondere für logistische und Aufklärungskapazitäten sowie die Bereitstellung polizeilicher Sicherungskräfte zur Friedensüberwachung. Am Ende dieser Entwicklung könnte durchaus Formen gemeinsamer europäischer Streit- und Sicherungskräfte stehen.

2. Die technologischen und industriellen Grundlagen militärischer Handlungsfähigkeit müssen gestärkt werden. Die Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie und Rüstungspolitik, insbesondere bei Standardisierung und Beschaffung ist ein entscheidender Faktor für die Wirksamkeit einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier muss und kann die Kommission einen wesentlichen Beitrag leisten, etwa durch industriepolitische Maßnahmen im Vergabewesen, der Wettbewerbspolitik, Forschung sowie der Einfuhr- und Ausfuhrkontrollen, für die ein Weißbuch der Europäischen Union ausgearbeitet werden muss. Zur besseren Erreichung dieser Ziele fordert die CDU die Einrichtung einer Europäischen Rüstungsagentur.

Parallel zum Ausbau der militärischen Handlungsfähigkeit muss die EU ihr nicht-militärisches Instrumentarium der Krisenprävention und des Krisenmanagements weiter ausbauen, verbessern und fortentwickeln sowie die Koordinierung mit dem nationalen Instrumentarium der einzelnen Mitgliedsstaaten intensivieren. Hier kommt wiederum der Kommission besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Sie kann im Rahmen ihrer Zuständigkeiten insbesondere im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen, der Entwicklungspolitik, der technischen und finanziellen Zusammenarbeit, der humanitären Unterstützung, der Minenräumung, der Migrationspolitik, der Wahrung und För-

derung der Menschenrechte und demokratischer Reformen einschließlich der Unterstützung und Beobachtung von Wahlen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Entscheidungsfindung

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss im institutionellen Rahmen der GASP mit enger Beteiligung der Kommission und voller Information des Europäischen Parlaments entwickelt werden. Dabei müssen die Kapazitäten des Hohen Vertreters für die GASP und Generalsekretärs des Rates, und seiner Planungs- und Frühwarninheit effizient und umfassend genutzt und in enger Kooperation mit dem Kommissar für Auswärtige Beziehungen und seinen, insbesondere den mit Konfliktverhütung und Krisenmanagement befassten Stellen, vorgegangen werden. Der Hohe Vertreter soll dabei alle Aufgaben, die nicht sinnvoll von rotierenden Präsidentschaften erledigt werden können, übernehmen und gegenüber diesen eine mitgestaltende Rolle wahrnehmen.

Die neue Dynamik, die in der Erklärung des Europäischen Rates von Köln ihren Niederschlag gefunden und durch den Amtsantritt des Hohen Vertreters für die GASP im Oktober 1999, die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki sowie die Schaffung vorläufiger ESPV-Ratsgremien (Vorläufiger Politischer und Sicherheitsausschuss und vorläufiges militärisches Gremium) im März 2000 zusätzliche Impulse erfahren hat, sollte es möglich machen, dass der Europäische Rat spätestens in Nizza im Dezember 2000 förmliche Beschlüsse zur Verwirklichung der wesentlichen institutionellen Voraussetzungen einer militärischen Sicherheitspolitik im EU-Rahmen treffen kann, nämlich

- regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Außen- und Verteidigungsminister als sicherheitspolitischer Rat,

- die Ablösung des Politischen Komitees durch einen ständigen sicherheitspolitischen Ausschuss,

- dem neben den GASP-Beratern der Mitgliedstaaten künftig ein Militärausschuss zuarbeitet,

- die Schaffung eines militärischen Stabes und eines mit der Kommission gemeinsamen Lagezentrums, das eng mit der Planungs- und Frühwarninheit des Hohen Vertreters zusammenarbeitet sowie

- der Ausbau von Aufklärungs- und Analysekapazitäten wie ein Satellitenzentrum und ein sicherheitspolitisches Institut.

Die im Rahmen der Kölner Erklärung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingesetzte Arbeitsgruppe muss dazu angehalten werden, die für die Übertragung der Aufgaben der WEU auf die EU erforderlichen Beschlüsse so vorzubereiten, dass der Europäische Rat von Nizza im Dezember 2000 abschließend entscheiden kann.

Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sollte in denjenigen Ratsgremien (z.B. dem Allgemeinen Rat der Außenminister, gemeinsamer Rat der Außen- und Verteidigungsminister) den Vorsitz innehaben, die sich mit der außen- und sicherheitspolitischen Agenda Europas befassen. Der Hohe Vertreter sollte ein Initiativrecht zur Befassung des Rates mit außen- und sicherheitspolitischen Themen erhalten.

Insgesamt sollte die Kooperation zwischen EU und NATO verbessert werden. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen europäischen NATO-Partner, die nicht Mitglied der EU sind, sowie gegebenenfalls auch andere europäische Staaten, die dies wünschen, sich an militärischen Maßnahmen der EU beteiligen können, ohne dass die Entscheidungsfreiheit der Europäischen Union in Frage gestellt wird.

CDU fordert europäische Entwicklungspolitik „aus einem Guss“

Die europäische Entwicklungspolitik wird im Jahr 2000 ein Schwerpunkt der Entwicklungspolitik der CDU werden. Erstmals tagte ein Bundesfachausschuss nicht in Bonn oder Berlin, sondern in Brüssel, und erstmals erörterte ein Bundesfachausschuss die Positionen der CDU mit einem Kommissar der Europäischen Union, Poul Nielson, Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe. Dazu erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, Armin Laschet MdEP:

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit gewinnt an Bedeutung. In dem soeben abgeschlossenen neuen AKP-Abkommen finden wichtige Forderungen der CDU nach good governance, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte ihren Niederschlag. Die CDU begrüßt das Suva-Abkommen, mahnt aber eine effiziente Umsetzung an. Dies gilt insbesondere für die zu ergreifenden Sanktionen, für den Fall, dass ein AKP-Staat den Anforderungen an good governance nicht gerecht wird. Hier müssen die Voraussetzungen für eine schnelle Reaktion geschaffen werden. Die CDU fordert die Europäische Kommission auf, sich mit aller Konsequenz für die Einhaltung der good governance – Kriterien einzusetzen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei der Umgang mit den für das Suva-Abkommen zur Verfügung stehenden Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Bislang unterliegen diese Mittel in Milliardenhöhe – die zudem oftmals seit Jahren nicht oder nur unvollständig abgerufen werden – weder dem Budgetrecht noch der Haushaltskontrolle des Europäischen Parlamentes. Das Parlament hat somit

kaum Einfluss auf die Verwendung dieser Mittel. Die CDU fordert die unverzügliche Einstellung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushalt der Europäischen Union. Nur so können Transparenz, Haushaltsklarheit und effiziente Kontrolle gewährleistet werden. Rot-Grün hat dies vor der Wahl versprochen. Das Zögern der Bundesregierung verhindert einen sorgsamen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Die CDU erkennt die Anstrengungen der Europäischen Kommission zu Neustrukturierung und Transparenz in der europäischen Entwicklungspolitik an. Auf diesem Weg ist aber noch Einiges zu tun. Zur Kohärenz in der europäischen Entwicklungspolitik gehört, dass es endlich zu einer sinnvollen Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen dem Kommissar für Ent-

Wir wollen Transparenz, Haushaltsklarheit und effiziente Kontrolle.

wicklung und humanitäre Hilfe, Poul Nielson, und seinem für Auswärtiges zuständigen Kollegen, Chris Patten, kommt. Regionale Zuständigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht länger auf zwei Kommissare, sektorale Zuständigkeiten nicht länger auf mehrere Generaldirektionen verteilt werden.

Die Europäische Kommission muss in weitaus stärkerem Maße als bisher mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Diese leisten eine hervorragende Arbeit in vielen Entwicklungsländern. Die EU vergibt sich eine große Chance, wenn es hier nicht zu einer engeren Abstimmung kommt.

Dieses Land braucht eine starke CDU

Mit herzlichem Applaus begrüßten die etwa 400 Delegierten und Gäste des 9. Landesparteitages der CDU Sachsen-Anhalt Generalsekretärin Angela Merkel in Förderstedt.

Die Vorgänge der letzten Zeit hätten zu einer schweren Krise in der Union geführt, die jedoch auch eine Chance beinhalte, so der Landesvorsitzende Wolfgang Böhmer einleitend. Nun gelte es, die CDU zu erhalten, zu bewahren und wieder stark zu machen. Er sei, so Böhmer, stolz darauf, wie in dieser ganz schwierigen Zeit die Generalsekretärin mit Aufrichtigkeit ein Grundvertrauen in die CDU erhalten habe. Dies habe zu einer Entwicklung geführt, die ihren guten Abschluss auf dem Essener Bundesparteitag finden werde. Böhmer sagte, die Union müsse wieder lernen, eine Meinungsbildung von unten nach oben zu formulieren. Eine solche Entwicklung verlange Menschen mit einem demokratischen Grundkonsens. Auch in der Union gebe es Positionen, zu denen Uneinigkeit herrsche. Man müsse aber auch wieder zusammenfinden. Die Union gehöre zusammen, weil sie gemeinsame Grundüberzeugungen vertrete. Nur dann könne sie stark sein.

Vieles sei die SPD unter dem Magdeburger Tolerierungsmodell dem Lande schuldig geblieben. Wenn die Union in Sachsen-Anhalt wieder in Wahlen eintrete, konkurriere sie mit einer vorbereiteten Koalition. Die CDU sei die einzige politische Alternative gegen diesen Linksblock. Die Union wolle in Sachsen-Anhalt eine Entwicklung einleiten, die den Menschen wieder Mut mache, eine Arbeitsstelle zu

finden und hier zu leben. Die CDU werde sich nicht auf die Kritik an der Regierung beschränken, sondern Lösungsvorschläge für die Probleme der Bürger des Landes erarbeiten, so der Landesvorsitzende. Einer der Schwerpunkte sei dabei, die Änderung der Umverteilungspolitik in eine konsequente Investitionspolitik.

Im Herbst des Jahres werde im Rahmen eines Landesparteitages der neue Landesvorstand gewählt. Bis dahin werde die Landespartei programmatische und strukturelle Grundsatzentscheidungen getroffen haben. Die Bürgermeister- und Landrats-

9. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt am Samstag, 1. April in Förderstedt

wahlen im kommenden Jahr müssten organisiert werden. Die Vorbereitungen dazu müssten in erster Linie in den Kreisen geleistet werden. Auch sei vorhersehbar, dass in den kommenden Wahlkämpfen fehlende Finanzmittel durch tatkräftiges Engagement der Mitglieder ausgeglichen werden müssten. Nur in einem politischen Klima, in dem man durch Leistung etwas erreichen könne, werde investiert, so Böhmer. „Die Union muss glaubwürdig jene Themen vermitteln, die für unser Land so wichtig sind. Damit nehmen wir uns in die Pflicht, denn Sachsen-Anhalt braucht eine starke CDU.“

Die CDU komme aus der Talsohle, in die sie hineingeraten sei, auch wieder heraus, erklärte Generalsekretärin Angela Merkel. Bei allen historischen Leistungen, seien auch gravierende Fehler gemacht worden. Natürlich werde die Bundespartei Helmut

Kohl zu seinem 70. Geburtstag gratulieren. Seine historischen Leistungen müssten und dürften nicht vergessen werden.

Nach den verlorenen Bundestagswahlen in 1998 habe die CDU auf ein sehr erfolgreiches Wahljahr 1999 zurückblicken können, in dem sie – von Hessen angefangen – alle Landtagswahlen gewonnen habe, zum Teil mit absoluter Mehrheit. Für diese Leistungen sei Wolfgang Schäuble zu danken. In einer Mediengesellschaft sei es wichtig, dass die CDU mit gleichen Wettbewerbschancen wie die SPD in Auseinandersetzungen gehen könne. Die CDU müsse daher nicht nur mit guten Worten, sondern auch finanziell unterstützt werden. Das SPD-PDS-Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt sei mit Sicherheit nichts, was als Reformmodell in die Geschichte Deutschlands eingehe. Kanzler Schröder, der den Aufbau Ost zur Chefsache habe machen wollen, habe ihn ziemlich schnell links liegen gelassen.

Ein erster Schritt: Das Steuersystem reformieren

Die CDU sei immer die Partei der sozialen Marktwirtschaft gewesen, diese Kompetenz sei ihr jedoch etwas verloren gegangen. Der Staat müsse wieder die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben finden. Die hohe Arbeitslosigkeit könne nicht mit dem öffentlichen Beschäftigungssektor geregelt werden, auch nicht mit Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Ein erster Schritt müsse sein, das Steuersystem zu reformieren. In einer global agierenden Welt könnten nicht die deutschen Betriebe, die in diesem internationalen Wettbewerb stünden, mit schlechteren steuerlichen Bedingungen arbeiten. Politik müsse regelnd eingreifen.

Wenn der Herr Bundeskanzler sage, jetzt müssten rasch Inder ins Land geholt werden, weil hier Spezialisten in der Infor-

mationstechnologie fehlten, dann zeuge das von einer großen Hilflosigkeit. Sie würde auch nicht sagen, so Frau Merkel, jetzt dürfe keiner mehr aus Indien oder sonstwoher als Spezialist bei uns arbeiten. Dass dies aber ein Bundeskanzler sage, der noch 1996 Studiengänge zur Informationstechnologie an seinen eigenen Fachhochschulen gegen deren Wunsch geschlossen habe, das werfe die CDU ihm vor. Rot-Grün habe wirklich alles getan, um in vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein technologiefeindliches Klima zu erzeugen.

Unser Menschenbild setzt wichtige Maßstäbe

Mit dem christlichen Menschenbild habe man auch in einer Welt, in der immer weniger Menschen Christen seien, eine gute Grundlage, wichtige Maßstäbe zu setzen. Dabei sollte die CDU an der Spitze stehen und als Motor einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion auftreten. Abschließend erklärte Angela Merkel, die CDU müsse es schaffen, dass die Menschen wieder sagten, bei der CDU lohnt es sich, seine eigenen Gedanken einzubringen, da werden wir ernst genommen, da haben wir eine Chance.

In einer regen Diskussion wandten sich viele Teilnehmer des Landesparteitages mit ihren Fragen und Anregungen an die Generalsekretärin.

Die 237 Delegierten des 9. Landesparteitages statteten per Wahl die 20 Delegierten der CDU Sachsen-Anhalt für den Bundesparteitag und die 2 für den Bundesausschuss mit diesem wichtigen Mandat aus.

Der von einer Gruppe von Delegierten eingebrachte Antrag zur Bestimmung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2002 wurde mit Mehrheit zur weiteren Befassung an den Landesvorstand verwiesen.

Hearings zum Thema Zukunft der Parteien

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zu den Folgen der aktuellen Parteipendebatte und zur Zukunft der Parteien in Deutschland eine Veranstaltungsreihe in Berlin gestartet.

Dies vor dem Hintergrund, dass gerade in einer Zeit grosser Umbrüche und fortschreitender Globalisierung bei den Menschen der Wunsch nach Orientierung wächst. Neue Bedürfnisse entstehen, die Bürger fordern mehr Mitsprache.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet deshalb ein Forum für eine offene Reformdebatte.

„Mit dieser Initiative setzt sich die Stiftung“, so **KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher**, „an die Spitze einer Debatte über Reformen, die in unserer demokratischen Ordnung und bei den Parteien notwendig ist.“

Vier dieser Hearings haben bereits stattgefunden, zuletzt am 4. April. Drei Diskussionen sind bereits dokumentiert. Alle Teilnehmer des Essener Parteitags – ob Delegierte, Gäste oder Journalisten – finden diese Dokumentationen in ihren Parteitagunterlagen.

Selbstverständlich sind sie auch am Stand der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ausstellungshalle erhältlich. Oder Sie schauen einfach ins Internetangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung unter

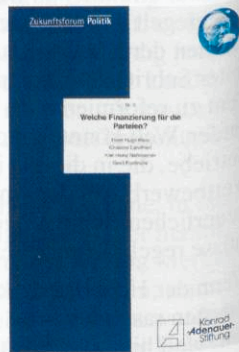
www.kas.de,

wo Sie außerdem über alle bundes- und weltweiten Veranstaltungen der Stiftung informiert werden.

Sie möchten die Broschüren direkt bestellen? Kein Problem: Konrad-Adenauer-Stiftung, z.H. Frau Barbara Kretschmer, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Tel.: 022 41/246-475, Fax: 022 41/246-694.

Hinweis:

Das nächste Hearing zum Thema „Welches Ethos in der Politik?“ findet am Donnerstag, 27. April, 18.30 Uhr in der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin statt. Sie sind herzlich eingeladen!





Bestell-Nr.: **5595**
Verpackungseinheit 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: **40,00 DM**

Bestell-Nr.: **2650**
Verpackungseinheit 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: **11,00 DM**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Unser Dank für Ihr Vertrauen **CDU**

● Überkleber

Wir danken für Ihr Vertrauen

42,5 x 15 cm

Bestell-Nr.: **8196**

Verpackungseinheit: **250 Expl.**

Preis je 250 Expl.: **39,50 DM**

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UiD

12/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egemannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-111/333. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-123. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.